WIRTSCHAFTS
FORUM
DER SPD E.V.

Ideen. Innovationen. Investitionen.

Produktivität steigern, Finanzierung verstetigen

EIN POSITIONSPAPIER DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN PRÄSIDIUMS
DES WIRTSCHAFTSFORUMS DER SPD E. V.

Die deutsche Volkswirtschaft wächst – wieder. Nach drei Jahren der Rezession und Stagnation prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr 2026 ein Wachstum von 1,3 Prozent. Gegenüber der Prognose aus dem Frühjahr verbessert sich damit die Konjunkturaussicht für den Wirtschaftsstandort Deutschland erheblich. Endlich.

Doch der genaue Blick zeigt: Derzeit sind es vor allem die staatlichen Ausgaben sowie eine günstige Exportlage, die die Konjunktur stützen. **Die Binnennachfrage steht praktisch still.** Konsum und Investitionen liefern zusammen keinen messbaren Beitrag.

Hinzu kommt: **Die Standortagenda des Koalitionsvertrags ist noch nicht abgearbeitet. Hohe Energiekosten, bürokratische Komplexität** sowie die **Abgabenlast auf Löhne und Gehälter** bremsen die Unternehmen weiterhin; in ihrer Herbstprognose führen die Wirtschaftsforschungsinstitute das Energiepreisniveau ausdrücklich als dämpfenden Faktor an. Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum für alle Unternehmen und Haushalte ist nur eine Maßnahme, bei der die Koalition exemplarisch schnelle Entlastung schaffen könnte. Hier muss die Koalition liefern, ebenso wie beim konsequenten **Abbau steuerlicher Belastungen**.

Daher gilt es, kurzfristige standortpolitische Maßnahmen und die Erneuerung des Geschäftsmodells zu verbinden. **Entbürokratisierung und niedrigere Energiepreise sind wichtige Bedingungen, um den Standort Deutschland attraktiv zu machen.** Aber um den konjunkturellen Aufschwung langfristig zu verstetigen, braucht es eine **Konzentration auf das Produktionspotenzial** – also darauf, wie viel diese Volkswirtschaft bei normaler Auslastung ihrer Kapazitäten überhaupt zu leisten vermag. Denn: Das Arbeitskräfteangebot schrumpft, die privaten Investitionen sind seit rund zehn Jahren zu schwach, der Produktivitätsanstieg ist zu gering. In der Summe hat sich das Potenzialwachstum von rund 1,5 Prozent um die Jahrtausendwende auf zuletzt 0,5 Prozent im Jahr verringert:

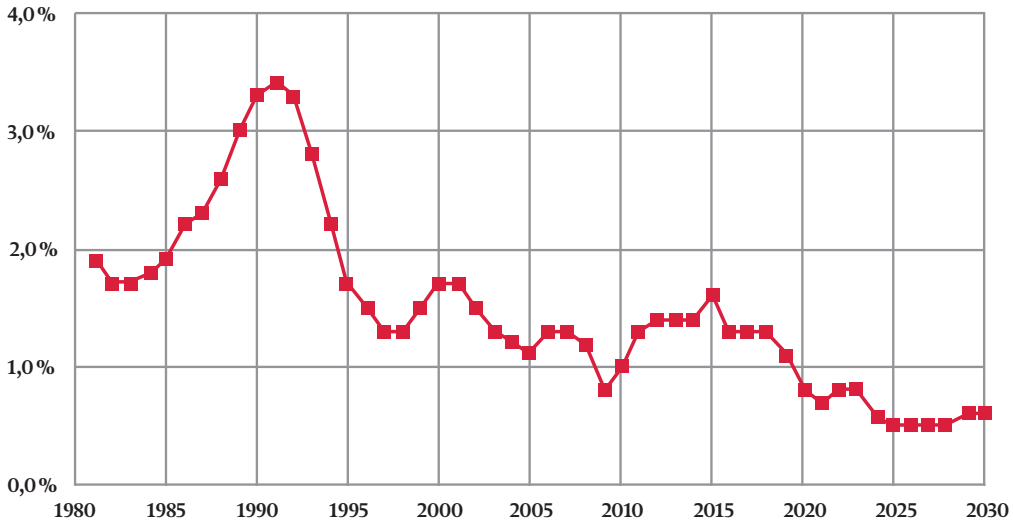

Abbildung 1: Potenzialwachstum in Deutschland, in Prozent (Quelle: BMF)

Als Hochlohnstandort bleibt die deutsche Volkswirtschaft nur international wettbewerbsfähig, wenn in einer Arbeitsstunde genug Wert entsteht, um gute Löhne, hohe Standards und einen leistungsfähigen Sozialstaat zu tragen. Wenn Löhne, Energiekosten und Abgaben schneller steigen als die Produktivität, verteuert sich der Standort im Vergleich und Marktanteile gehen verloren. **Kapitaleinsatz, Automatisierung und neue Technologien** sind die Faktoren, die im internationalen Vergleich für Deutschland die Hebel für einen neuen Wachstumspfad sind.

Lösungsansätze hierfür finden sich daher im Dreiklang aus **Bildung, Innovationen** und **Investitionen** – als wesentliche Pfeiler der digitalen sozialen Marktwirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit, Teilhabe und Souveränität zusammenführt. Dabei ist **Zuversicht ein Wettbewerbsvorteil**: Die Potenziale der deutschen Volkswirtschaft – in Industrie und Mittelstand ebenso wie in Handwerk und Start-ups – sind die Bausteine, aus denen der Erfolg von morgen zusammengesetzt wird. Nun braucht es die Entschlossenheit, um sie sichtbar zu machen.

1. Ideen: Bildungspolitik ist Wachstumspolitik.

Produktivität und Innovationsfähigkeit hängen an der Qualifikation der Erwerbstätigen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland lebt von leistungsfähigen Unternehmen, qualifizierten Beschäftigten und einer starken Forschungslandschaft. Bei schrumpfendem Arbeitskräfteangebot entscheidet die Qualität der Bildung darüber, wie viel Wertschöpfung aus einer kleiner werdenden Erwerbsbevölkerung entsteht. **Bildungspolitik** gehört damit zum **Kern einer vorausschauenden Standortpolitik**.

Die aktuellen Befunde sind ungünstig. Nach der **PISA-Erhebung 2025** verfehlt rund ein Drittel der 15-Jährigen in Mathematik und Lesen das Mindestniveau; es ist das schwächste Ergebnis seit Beginn der Erhebungen. Der Abwärtstrend besteht bereits seit längerem. Hinzu kommt, dass der Bildungserfolg in Deutschland im OECD-Vergleich stark von der sozialen Herkunft abhängt. Das **begrenzt die Bildungsmobilität** und lässt Fachkräftepotenzial ungenutzt.

Ein leistungsfähiges Bildungssystem eröffnet faire Chancen unabhängig von der Herkunft und vermittelt die Qualifikationen für Ausbildung, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich verändert der technologische Wandel die Qualifikationsanforderungen über das gesamte Erwerbsleben hinweg.

Wir setzen deshalb entlang der gesamten Bildungskette an; von der frühkindlichen Förderung über Schule und berufliche Bildung bis hin zu Weiterbildung, Hochschulen und Forschung:

Frühe Förderung ausbauen. Unterschiede in den Entwicklungschancen müssen früh erkannt und ausgeglichen werden, bevor sie sich im weiteren Bildungsweg verfestigen. Bildungsinvestitionen wirken in der frühen Kindheit am stärksten: Sie beugen Ausbildungsabbrüchen und fehlenden Qualifikationen vor. Kitas sind Lern- und Entwicklungsorte und brauchen dafür bessere personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Das seit 2024/25 eingeführte Startchancen-Programm sollte daher auf Kitas ausgeweitet und über die bisherige Programmdauer hinaus verlängert werden.

Mindeststandards bei Grundkompetenzen verbindlich machen. Ohne sichere Grundkompetenzen scheitert der Übergang in Ausbildung und Beruf. Bund und Länder sollten sich darauf verständigen, dass alle Kinder bis zum Ende der vierten Klasse sicher lesen, schreiben und rechnen können. Jährliche Lernstandserhebungen zeigen frühzeitig, wo Unterstützungsbedarf besteht und ermöglichen gezielte Förderung. Ergänzend sichert eine verbindliche Sprachstandserhebung vor der Einschulung, dass sprachliche Rückstände rechtzeitig aufgeholt werden.

Digital- und KI-Kompetenzen verankern. Künstliche Intelligenz verändert Geschäftsmodelle und Arbeitsprozesse in nahezu allen Branchen. Ihr Produktivitätsbeitrag hängt davon ab, ob Fachkräfte die Technologien kompetent nutzen. Der 2026er Digitalpakt 2.0 sollte deshalb konsequent auf Einsatz und Vermittlung von KI ausgerichtet werden, mit moderner Ausstattung, qualifizierten Lehrkräften, pä-

dagogischen Konzepten und klaren Qualitätsstandards; die Anschlussfinanzierung über 2030 hinaus ist frühzeitig zu klären. Gleiches gilt für die berufliche Bildung: KI- und Digitalkompetenzen gehören verbindlich in Ausbildungsordnungen, Berufsschulen und Aufstiegsfortbildungen.

Weiterbildung im Erwerbsleben stärken. Technologischer Wandel und dynamischere Erwerbsbiografien erhöhen den Bedarf an Qualifizierung während der gesamten Berufstätigkeit. Ein persönliches Weiterbildungsbudget, kofinanziert von Beschäftigten, Unternehmen und Staat, schafft dafür eine verlässliche Grundlage. Kleine und mittlere Unternehmen sollten dabei besonders berücksichtigt werden, da sie Weiterbildungsangebote seltener im gleichen Umfang finanzieren und organisieren können als große Unternehmen.

Ausländische Abschlüsse schneller anerkennen. Deutschland kann es sich nicht leisten, vorhandenes Qualifikationspotenzial ungenutzt zu lassen. Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen deutlich (und weiter) beschleunigt und transparenter gestaltet werden. Das verbessert die Integration bereits hier lebender Menschen und die Wirksamkeit der Fachkräfteeinwanderung.

Wissenschaftsstandort stärken. Eine leistungsfähige Wissenschaft ist Voraussetzung für technologische Innovationen und ein eigenständiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Dafür braucht es planbare Karrierewege: Die Zwölfjahresregel zur Befristung wissenschaftlichen Personals an Hochschulen sollte abgeschafft und die Zahl der Tenure-Track-Professuren ausgebaut werden. Zugleich sollte Deutschland internationale Forschende gezielt gewinnen und langfristig binden, auch aus den USA.

2. Innovationen: Innovationsförderung als Katalysator für neues Potenzialwachstum.

In Deutschland entstehen gute Ideen, doch aus ihnen entsteht zu selten neue Wertschöpfung. Forschungsergebnisse gelangen langsam in die Anwendung, neue Technologien erreichen die Breite der Wirtschaft verzögert und junge Unternehmen skalieren zu selten im Inland. Ökonomisch geht es dabei um die **»totale Faktorproduktivität«: jenen Teil des Wachstums, der aus besseren Verfahren, besserer Organisation und neuer Technologie** entsteht und sich allein durch zusätzliche Arbeitsstunden oder zusätzliche Maschinen nicht erklären lässt. An dieser Übersetzungsleistung entscheidet sich, ob Deutschland sein Potenzialwachstum wieder erhöhen kann.

Wie schwer dieser Faktor wiegt, zeigt die Zerlegung des Potenzialwachstums in seine drei Quellen: geleistete Arbeitsstunden, eingesetztes Kapital und den Produktivitätsfortschritt, die »totale Faktorproduktivität« als Zusammenwirken von beidem. Ende der achtziger Jahre stammten 1,7 von 2,7 Prozentpunkten aus der dritten Quelle, zuletzt waren es nur noch 0,2 Prozentpunkte. **Der Rückgang des Potenzialwachstums geht damit zu rund drei Vierteln auf den schwächeren technischen Fortschritt zurück**, der Beitrag der Arbeit blieb nahezu unverändert:

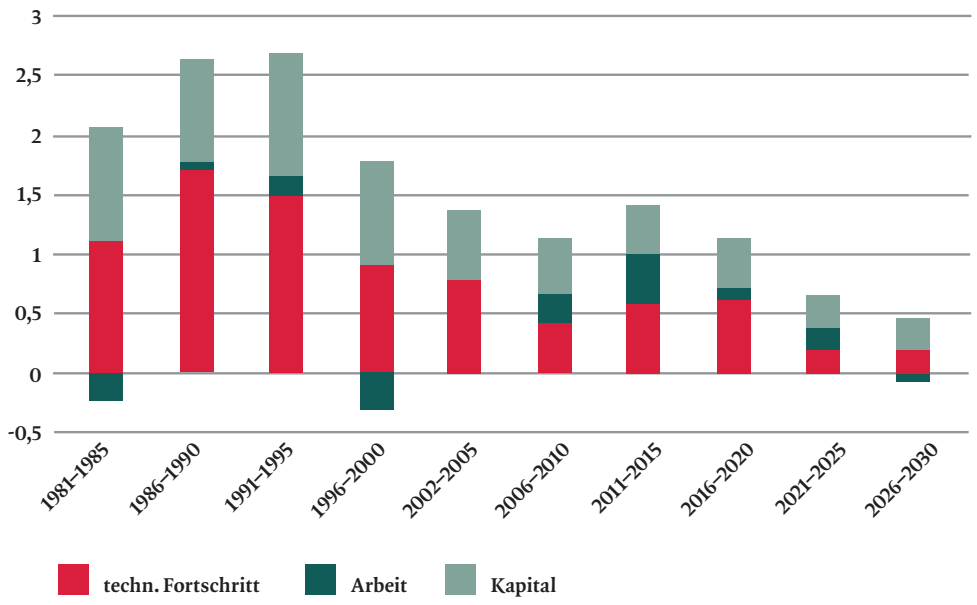

Abbildung 2: Beiträge des technischen Fortschritts und der Produktionsfaktoren zum preisbereinigten Potenzialwachstum, in Prozentpunkten, Fünfjahresdurchschnitte. Werte ab 2026 Projektion (Quelle: BMF)

Die Ausgangslage ist dabei ungleich verteilt. Bei digitalen Plattformen und KI-Grundlagenmodellen haben die USA und China erhebliche Vorsprünge aufgebaut. Deutschlands eigener Vorteil liegt an der **Schnittstelle von KI, Robotik und industrieller Produktion**: Maschinenbau, Automatisierung, Engineering-Kompetenz, Prozesswissen und Daten aus realen Produktionsabläufen bilden eine Kombination, die sich schwer kopieren lässt.

Jetzt braucht es eine aktive **»Leapfrogging«-Strategie**, also das bewusste Überspringen ganzer Technologiestufen, um diesen Vorteil zu realisieren – ähnlich, wie es China vorgeführt hat, als es den Wettlauf um den Verbrennungsmotor ausließ und früh auf Elektroantrieb und Batteriezelle setzte. Für einen hochindustrialisierten Standort wie Deutschland heißt das, vorhandene industrielle Stärke mit neuen technologischen Fähigkeiten zu verbinden, bis daraus eigene Maschinen, autonome Produktionssysteme und industrielle Geschäftsmodelle entstehen.

Wir sehen den Schwerpunkt der Innovationspolitik deshalb bei **industrieller KI, Robotik und autonomen Systemen**, von der Forschung über Prototypen bis zur industriellen Skalierung. Die entscheidende Lücke liegt zwischen technologischer Entwicklung und Skalierung:

Den Staat zum Erstkunden machen. Wo der Staat Großkunde ist, etwa in Verteidigung, Infrastruktur und öffentlicher Sicherheit, sollte er neue Technologien gezielt beschaffen. So entstehen Referenzmärkte für industrielle KI-Anwendungen, Robotik und autonome Systeme. Für junge Unternehmen ist der öffentliche Auftrag häufig der erste belastbare Markteintritt. Der strategische Hebel der öffentlichen Beschaffung darf dabei nicht nur als Ziel formuliert, sondern muss auch in die konkreten Vergabeverfahren überführt werden. Die alleinige Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitskriterien darf die übergeordnete Zielsetzung nicht aushöhlen.

Forschungsförderung nach technologischem Erfolg steuern. Bei Robotik, industrieller KI und Deep Tech sollten klare Meilensteine gelten: Erfolgreiche Projekte erhalten schneller zusätzliche Mittel, erfolglose werden beendet. Diese Prinzipien der Agentur für Sprunginnovationen sollten auch in anderen technologieorientierten Förderprogrammen Anwendung finden.

Deep-Tech-Ausgründungen schneller in den Markt bringen. Standardisierte Verfahren für geistiges Eigentum und Beteiligungen beschleunigen Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für die anschließende Skalierung muss ausreichend und geduldiges Wachstumskapital verfügbar sein, damit die Wertschöpfung im Inland bleibt.

Rechenleistung mit industriellen Anwendungen verbinden. Industrielle KI und Robotik benötigen neben Rechenkapazität den Zugang zu Industriedaten, realen Testumgebungen und Prozesswissen. Eine deutsche KI-Gigafactory sollte deshalb eng mit Industrie, Mittelstand, Start-ups und Forschung verzahnt werden.

Innovation in einer »Allianz für Arbeit und Innovation« verankern. Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft sollten technologische Modernisierung, betriebliche Umsetzung und Qualifizierung gemeinsam vorantreiben. Auf diesem Weg lassen sich höhere Produktivität und gute Beschäftigung zusammenführen.

3. Investitionen: Privates Kapital für das Produktionspotenzial mobilisieren.

Deutschland steht vor einem erheblichen Investitionsstau. Allein auf kommunaler Ebene beziffert das KfW-Kommunalpanel 2026 den Investitionsrückstand auf rund 231 Milliarden Euro. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität setzt hier einen wichtigen Impuls. Für ein dauerhaft höheres Produktionspotenzial müssen zugleich die **privaten Investitionen am Standort** steigen. Denn der Kapitalstock ist eine der drei Quellen dieses Potenzials und er wird seit Jahren kaum noch erweitert: Das Nettoanlagevermögen, also der Wert aller Maschinen, Anlagen, Gebäude und Infrastrukturen im Einsatz nach Abzug ihrer Abnutzung, wächst immer langsamer. Ein wachsender Teil der Investitionen fließt damit in den bloßen Ersatz von Verschleiß:

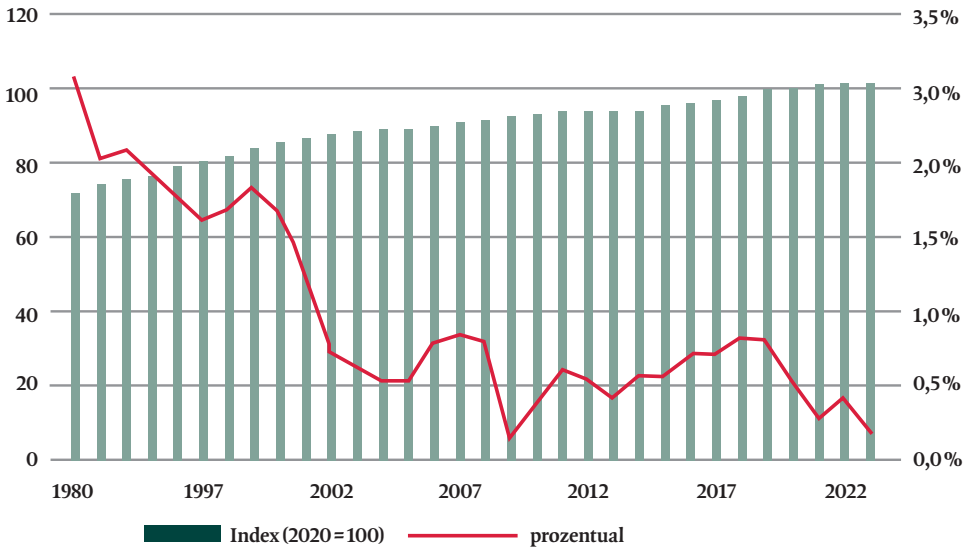

Abbildung 3: Entwicklung des Nettoanlagevermögens (preisbereinigt, verkettet, Quelle: Statistisches Bundesamt)

Privates Kapital ist grundsätzlich vorhanden, wird aber bislang zu wenig für Investitionen in Deutschland mobilisiert. Das wiegt schwer, weil gerade die Zukunftsfelder mit deutschen industriellen und technologischen Stärken besonders kapitalintensiv sind und eine langfristige Finanzierung benötigen, von Energie- und Klimatechnologien über industrielle Digitalisierung und KI bis zu neuen Produktionsverfahren. Bei zu vielen Infrastrukturvorhaben fließt dieses Kapital überwiegend ins Ausland. Dahinter stehen strukturelle Hemmnisse: **lange Planungs- und Genehmigungsverfahren**, kleinteilige Projektstrukturen **und regulatorische Unsicherheiten** beeinträchtigen die Planbarkeit und das Risiko-Rendite-Verhaltnis. Im internationalen Wettbewerb um Kapital droht Deutschland gegenüber attraktiveren Standorten zurückzufallen.

Wir sind überzeugt, dass öffentliche Mittel stärker als Hebel für privates Kapital eingesetzt und die Rahmenbedingungen für langfristige Investitionen am Standort verbessert werden müssen:

Investitionsprämie einführen. An den Investitionsbooster sollte eine verlässliche Investitionsprämie anschließen, die neben klassischen Ausrüstungsinvestitionen auch Software, KI, Automatisierung und weitere produktivitätssteigernde Technologien umfasst. Unternehmen brauchen über einzelne Förderzeiträume hinaus Planungssicherheit, damit Investitionen dauerhaft am Standort ausgeweitet werden.

Langfristiges Anlagekapital aufbauen. Mit dem Altersvorsorgedepot, einer stärkeren Kapitalmarktdeckung in der ersten Säule und der Frühstartrente sind wichtige erste Schritte angelegt. Diese Ansätze sollten konsequent weiterverfolgt werden, mit Wahlmöglichkeiten, Wettbewerb und einer langfristig renditeorientierten Anlage im Mittelpunkt. Zugleich sollte die betriebliche Altersvorsorge für einen größeren Kreis von Beschäftigten attraktiv und zugänglich werden.

Wachstumskapital für die Skalierungsphase bereitstellen. In kapitalintensiven Wachstumsphasen fehlt innovativen Unternehmen weiterhin die Finanzierung. Die Ausweitung der WIN-Initiative auf 25 Milliarden Euro ist ein wichtiger Schritt; entscheidend sind nun Rahmenbedingungen, die zusätzliche institutionelle Investorengruppen gewinnen sowie eine transparente Nachverfolgung der Umsetzung. Die Weiterentwicklung des Deutschlandfonds sollte Finanzierungslücken in der Wachstums- und Skalierungsphase schließen. Garantien, Risikoteilung und First-Loss-Strukturen unter Einbindung von Förderbanken wie der KfW setzen dort an, wo hohe Anfangsrisiken private Investitionen erschweren; öffentliche Beschaffung kann zusätzlich Nachfrage für Start-ups, Scale-ups und First-of-a-kind-Technologien schaffen. Öffentliche Mittel sollten dabei ein Vielfaches an privatem Kapital auslösen.

Öffentliche Investitionen verstetigen. Das Sondervermögen ist zeitlich befristet und ersetzt keine dauerhafte Investitionsstrategie. Eine verbindliche Investitionsregel sollte öffentliche Investitionen über das Sondervermögen hinaus auf einem verlässlichen Niveau sichern. Verlässliche öffentliche Investitionsplanung schafft zugleich Planungssicherheit für private Investoren.

Infrastruktur investierbar machen. Öffentlich-private Partnerschaften sollten stärker als Finanzierungs-, Beschaffungs- und Umsetzungsinstrument genutzt werden. Private Partner bringen neben Kapital auch Projektmanagementkompetenz und technisches Know-how ein und entlasten insbesondere Kommunen mit begrenzten Kapazitäten. Damit Infrastruktur für institutionelle Investoren attraktiv wird, müssen kleinere Vorhaben gebündelt, Verfahren und Vertragsstrukturen standardisiert sowie Beteiligungs- und Eigenkapitalinstrumente etwa für Stadtwerke weiterentwickelt werden. Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und stabile regula-

torische Rahmenbedingungen sind eine weitere Voraussetzung.

Europäische Kapitalmärkte vertiefen. Die Savings and Investments Union muss konsequent vorangetrieben werden, damit europäische Ersparnisse stärker in Innovation, Infrastruktur und Wachstum fließen. Dafür braucht es integrierte Kapitalmärkte, bessere Bedingungen für grenzüberschreitende Investitionen und eine Regulierung, die neben der Finanzstabilität auch Finanzierungsmöglichkeiten und internationale Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt. Verbriefungen sollten so weiterentwickelt werden, dass sie den Finanzierungsmix insbesondere von KMU verbreitern. Ergänzend sollte ein leistungsfähiger Europäischer Wettbewerbsfähigkeitsfonds im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen die bislang fragmentierte Investitions- und Innovationsförderung bündeln und auf strategische Zukunftsfelder konzentrieren. Ein 28. Regime kann Unternehmen einen verlässlichen europäischen Rechtsrahmen bieten, wenn es neben Eigenkapital auch die Fremdfinanzierung mitdenkt.

Wettbewerbsfähige Infrastruktur für Wertschöpfung und Resilienz schaffen. Deutschland muss zentrale Standortinfrastrukturen wieder stärker als öffentliche Voraussetzung für private Investitionen verstehen. Hierzu gehören neben einer kostengünstigen, zunehmend grünen Energieversorgung auch starke und bezahlbare Strom-, Wasserstoff- und CO_2-Infrastrukturen. Der Staat sollte deren Auf- und Ausbau beschleunigen, einen angemessenen Teil der Kosten tragen und eine Regulatorik und Unterstützung aufsetzen, die Investition, Betrieb und Nutzung gleichermaßen attraktiv und möglich macht. Nur so bleibt strategisch wichtige Wertschöpfung in Deutschland und Europa erhalten. Nur so bleiben Investitionen in neue Produktionskapazitäten und in die Dekarbonisierung umsetzbar und attraktiv.

Fazit: Eine Erzählung für einen neuen Wirtschaftlichen Aufschwung.

Die Ausgangslage ist besser als die Debatte es häufig nahelegt. Deutschland verfügt über eine industrielle Basis von Weltrang, eine exzellente Forschungslandschaft und ein privates Geldvermögen in historischer Höhe - die Bausteine für einen neuen Wachstumspfad liegen bereit. **Bildung, Innovationen und Investitionen greifen dabei ineinander**: Gut qualifizierte Menschen entwickeln neue Technologien, neue Technologien brauchen geduldiges Kapital und Kapital geht dorthin, wo Fähigkeiten und Ideen zusammenkommen.

Die **Standortagenda des Koalitionsvertrags** gehört dazu und sollte zügig abgearbeitet werden, denn wettbewerbsfähige Energiepreise, spürbar weniger Bürokratie und eine Entlastung des Faktors Arbeit sind die Grundlage, auf der alles Weitere aufsetzt. Darauf aufbauend entscheidet sich in den kommenden Jahren, ob aus dem heutigen Aufschwung dauerhaftes Wachstum wird.

Wir sind überzeugt, dass dieser Weg offensteht, wenn Politik und Wirtschaft ihn gemeinsam gehen und die Erträge dieses Wachstums bei den Menschen ankommen. Das ist der Anspruch einer digitalen sozialen Marktwirtschaft: wettbewerbsfähig, teilhabeorientiert und souverän.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e. V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)
Thomas Antonioli (Vizepräsident)
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)
Nora Heer (Vizepräsidentin)
Christian Heine (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e. V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 86322330
E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de
Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

Stand November 2026

Hier finden Sie unsere Publikationen:

www.spd-wirtschaftsforum.de